

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zahlung 1.60 Mark, vierteljährlich
4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark
zusätzlich. Zustellungsgebühr. Be-
sonders für alle an Reichs-
stellungen werden von allen Reichs-
stellungen angenommen. Im
amtlichen Zeitungsergebnis unter
Bezugspreis eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Herausgeber der Schriftleitung Hr. 1142,
der Anzeigen-Abteilung Hr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Hr. 1142,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Saale-Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

W e g e r t e n
Preis 0.70 Pf. 20 mm br. Kellner
zahlbar oder gegen Kassa mit 50 Pf.
berechnet u. in anderen Annahmestellen a. allen Anzeigenverhältnissen
angenommen. Kellner Nr. 92 mit
breite Seite 1.25 Mt. Anzeigen-
Annahmestellen vom. 11 Uhr,
für die Sonntag-Bl. abends
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zur
Erfüllung der Briefe, werden
Erfüllung: Halle. Erfüllungs-
stellen: 2 mal. Sonntag mal. Schrift-
leit. a. Haupt-Vertriebsstelle: Halle,
Herrn Dornau 16. G. Braun-
hausstr. 17. Neben-Vertriebsstelle:
Markt 24 am Große Ulrichstr. 22.

Nr. 229.

Halle, Sonnabend, den 17. Mai.

1919.

Rußland gegen den Gewaltfrieden.

Sympathieumgebung der russischen Arbeiter und Bauern.

Berlin, 16. Mai. Der russische Volkstommilar des auswärtigen, Tschicherin, sendet einen Zuspruch an das deutsche arbeitende Volk, in dem es unter anderem heißt: „In dieser schweren Stunde, da die deutschen arbeitenden Massen eine fürchterliche Prüfung unter den Schlägen des imperialistischen Militarismus durchleben, senden ihnen die revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands ihren herzlichsten Gruß und den Ausdruck ihrer Teilnahme, Sympathie und Arbeiter солидарität. Der Imperialismus der Entente-Länder hat seinen Gegner zu Boden geworfen, und jetzt sieht er sein Siegesfest, welches jedoch, wie bewiesen ist, nicht von langer Dauer sein wird. Der imperialistische Militarismus trachtet nur danach, das besiegte Volk vollkommen auszulöschen und es in seinen ewigen Gefangenen und Sklaven zu verwandeln. Unerschütterliche Verurteilung, unerschütterliche Anstrengung, keine Gewalt, Verbrechen durch und durch, das ist der sogenannte Vertrag, den zu unterzeichnen man das entsetzliche deutsche Volk nötigt. Gebiete mit unzweifelhaft deutscher Bevölkerung werden ihm anvertraut. Seine kolonialen Pläne werden ihm abgenommen. Es wird gezwungen, eine unerschütterliche Kontribution zu zahlen.“ Tschicherin versichert dann, daß die werktätigen Massen Rußlands die schweren Leiden der Arbeiter und Bauern Deutschlands mit empfinden werden. Zum Schluß hebt er hervor, daß in der unauflöslich wachsenden Weltrevolution der arbeitenden Massen das Pfand der baldigen Befreiung Deutschlands liege.

Belagerungszustand über Stettin.

Stettin, 16. Mai. Über die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Schulen, die meisten Geschäfte mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte und die Banken sind geschlossen. Es ist eine Einwohnerwehr gebildet worden, die bereits Dienst tut. Über die Zahl der Opfer aus den vorliegenden Kämpfen liegen noch keine zuverlässigen Angaben vor.

Noch immer Unruhen in Stettin.

Stettin, 16. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Bis um 2 Uhr nachmittags herrschte in Stettin verhältnismäßig Ruhe. Nur hin und wieder hörte man einige Geschüsse. Der Mob und Weiber waren jedoch in das Landgerichtsgebäude gedrungen, wo sie die geflohenen Abgeordneten weiter verfolgen wollten. Unruhen, Schreie und Lärm wurden durch die Straße geworfen. Der Belagerungszustand erstreckt sich auf den ganzen Regierungsbereich Stettin. An den Unruhen beteiligen sich man vom A. und S. Rat unterstützende Anführer, in denen zur Bildung von Bürgerwehren aufgefordert wird, die aus allen Bevölkerungsschichten zusammengesetzt sein sollen. Die Geschäfte sind seit alle geschlossen.

72 Russen handrechtlich erschossen.

Karlsruhe, 16. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Der Oberbefehlshaber in Würzburg berichtet: Im Hochsauerland haben württembergische Truppen einen Ausleitungsbesatzung, dessen Mitglieder, Sperrpatrollen, beim Abzug der Volkswehren tödlich verwundet waren. Die Russen, die man in bayerische Uniformen gekleidet hatte, wurden handrechtlich abgetötet und dann in einer Karabine bei Greteberg handrechtlich erschossen. Es waren insgesamt 72 Mann.

Unabhängigkeitserklärung der Pfalz?

Berlin, 16. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Die Franzosen haben sich in den letzten Tagen offensichtlich für den ersten Tag ihres Daseins bemüht, die bestehenden Gebietsstellen für die Besetzung des Deutschen Reich zu übernehmen. Immer scheint ihnen dies demozur zur Schwächung Deutschlands in der Pfalz gelingen zu wollen. Der französische Oberkommandeur Gerard hat die Bildung einer pfälzischen Gruppe bewilligt, die, wie von gut unterrichteter Seite gemeldet wird, am kommenden Sonntag mit einer Unabhängigkeitserklärung der Pfalz hervortreten wird.

Eine machtvolle Protestkundgebung.

WTB Braunschweig, 16. Mai. (Drahtnachricht.) Auf Einladung der Deutschen Vereinigung hatten sich gestern in Braunschweig 300 Vertreter der deutschen Volkspartei, die mehr als 600 Delegierten der Provinz Sachsen und Westpreußen vertreten, versammelt. In zweitägiger Rede schilderte Geheimrat Kleinow die gegenwärtige Lage der Demokratie. Komme die

Stunde, wo die Regierungen die Verhandlungen abbrechen müssen, dann habe sich jeder hinter die Regierung zu stellen und seine Pflicht zu tun, nötigenfalls mit der Waffe in der Hand. Kleinow warnte dabei ausdrücklich vor Provokationen von feindlichen Handlungen gegen polnische Mitbürger. In der Auffassung über die Lage und über die Verantwortung der Gefahr befanden sich die erschienenen Vertreter volle Einmütigkeit und unerschütterliche Entschlossenheit. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Wir erwarten, daß die Reichsregierung einen Frieden ablehnt, der ein Verbrechen an der Zukunft des deutschen Volkes, an dem Volkstum der deutschen Diktatur ist. Wir sind entschlossen unser Selbstmordrecht, um das Wissen aus beizubringen will, praktisch mit der Waffe in der Hand, anzuzusetzen und uns gegen jede polnische Vergewaltigung unserer Diktatur zu wehren.

Anmerkung des WTB: Hierbei versteht es sich von selbst, daß über die Anwendung von Waffengewalt allein der Wille der Reichsregierung zu entscheiden hat.

Das „Annehmbar“ des badischen Landtags.

Karlsruhe, 16. Mai. Der badische Landtag nahm in einer feierlichen Sitzung Stellung zu den Verfallenen Friedensbedingungen. Staatspräsident Weigand legte in eindringlichen, häufig von lebhaften Beifallsausdrücken unterbrochenen Ausführungen die entscheidende ablehnende Stellung der badischen Regierung dar und erklärte: Wir sind entschlossen, das Schicksal zu tragen für die Zukunft unseres Volkes. Wir verzichten nicht auf unsere Rechte. Für den Vertrag haben wir nur ein einziges Wort: Annehmbar! Dieses „Annehmbar“ wurde von allen Rednern der Parteien in flammenden Protesten zum Ausdruck gebracht.

Protest der Ausländer in Berlin gegen den Gewaltfrieden.

Berlin, 16. Mai. Eine gestern abend abgehaltene Versammlung der Ausländer in Berlin, zu der von über 100 verschiedenen Nationen Vertreter erschienen waren, hat folgende Entschließung angenommen: „Die in Berlin anwesenden Ausländer, die in Schöpfung der internationalen Union am heutigen Tage versammelt sind, richten an das deutsche Volk einen eindringlichen Protest gegen den schmachvollen Frieden von Versailles, der ein Hofn auf das Recht und Gerechtigkeit, auf Treu und Glauben ist. Unsere Volksgenossen in der Heimat mögen mit uns ihre Stimme erheben, auf daß ein neuer gerechter Frieden zustande komme.“

Die Regierung bleibt fest.

Berlin, 16. Mai. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Eine unzutreffende Folgerung“: In gewissen Kreisen wird die Bemerkung gemacht, daß die gestrige Rede des Reichspräsidenten und die Rede des Reichspräsidenten eine gewisse Abschwächung im Tone gegen die früheren Regierungsaussagen in der Friedensfrage enthalten habe. Unter andern wird dies damit begründet, daß in diesen Reden das Wort „Annehmbar“ nicht zu finden sei. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist von einer Veränderung der Haltung der Regierung in der Friedensfrage keine Rede.

Ein Reorganisationsprogramm des Reichswirtschaftsministeriums.

Berlin, 16. Mai. Die „Vollz.“ meldet: Dem Reichskabinett ist, wie wir erfahren, eine umfangreiche Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über dringende politische Maßnahmen zur Reorganisation unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens zugewandt. Die Denkschrift enthält ein grundsätzliches Programm und stellt bestimmte einzelne Forderungen.

Der Kredit an Oesterreich.

Wiederholte Ablehnung desselben vom französischen Haushaltansicht

WTB. Versailles, 16. Mai. (Drahtnachricht.) Laut „Matin“ haben Pichon und Clementel gestern im Haushaltsausschuß der Kammer nochmals die Regierungsvorlage eines Kredites von 75 Millionen Franken an Oesterreich zur Sicherstellung seiner Versorgung vertreten. Die kürzlich vom Auschuß als unannehmbar abgelehnt worden war. Pichon begründete diese Vorlage politisch, die Regierung wünsche, Oesterreich zu helfen, daß es nicht gezwungen sei, sich mit Deutschland zu verbinden. Pichons Erklärung, die Clementel mit Ziffern belegte, überzeugten den Auschuß auch diesmal nicht. Er meinte, eine solche Finanzoperation dürfe die französischen Steuerzahler nicht belasten, und der Auschuß müsse erst genaue Angaben über das Oesterreich zu stellende Verlangen haben. Daranbin erwiderten Pichon und Clementel von einem Beschuß abzulehnen. Sie würden Anfang der nächsten Woche die Vorlage mit neuen Vorschlägen und in einer neuen Form noch einmal vorlegen.

Clemenceau und die Arbeiter.

Der Kampf um den Rechtsfrieden.

Berlin, 16. Mai 1919.
Von der Schweizer Grenze, durch Fernsprecher: Pariser Blätter melden kürzlich, Marshall Foch reise an den Rhein, um sich Wiesbaden anzusehen und dann eine schöne Dampfbootfahrt zu machen. Jetzt meinten dieselben Blätter, Foch sei in Mainz, um den Bormarsch einzuleiten, wenn die Deutschen nicht unterliegen. An der Döngrenze seien die polnischen Truppen, im Südosten die Tschechoslowaken (schlagfertig, Alles Preßmacht natürlich. Aber eine sehr geschickte. Und wir haben diesem Treiben nichts anderes entgegenzusetzen als unser christliches deutsches „Annehmbar“? Graf Brockdorff-Rangau hat die französische Regierung ersucht, die österreichischen Brüder in St. Germain durch eine kleine Abordnung begrüßen zu dürfen. Kumburg abgelehnt! Man möge einem dummen Jungen einen vorlauten Wunsch verweigern. Wir können nichts dagegen tun? Clemenceau hat die deutsche Note über das internationale Arbeiterrecht beantwortet. Ebenfalls ablehnend. Zwar mit etwas ironischen Worten, aber nur im Hinblick auf das derzeitige Rumoren im eigenen Hause. Uns gegenüber küßt bis ans Herz hinan. Was hat ihr Köpchen noch zu sagen? Wir Alliierten haben das im Ententeprogramm eines internationalen Arbeiterrechts viel besser gemacht. Im übrigen treffen bei uns auf der Siegerseite die Regierungen allein die Entscheidungen. Den Arbeitern wird kein Mitbestimmungsrecht zugestanden. Punktum... Wird das unsere sozialistische und demokratische Regierung auch so hüftendümmellich nehmen wie alles bisherige? Haben wir denn keine geliebten Waffen mehr? Es wurde gesagt und geschrieben, die Haltung der Ententegegnern habe enttäuscht. Insbesondere die französischen Arbeiter würden sich niemals mit unserer Forderung eines Rechtsfriedens solidarisch erklären. Da sei Joseph und Matz verloren. Aber was man denn, wie die Senker hat über wütet? Nicht nur die Fühlungsaussicht, sondern auch die politische Partei, die alles unterdrückt, was den Rechtsfrieden verlangt, die alles löscht, was zugunsten Deutschlands laut werden will?

Die Anstrengungen des französischen Sozialismus, einen Anknüpfung an die deutsche Regierung zu finden und einen vernünftigen Frieden herbeizuführen, sind ernsthafter und hartnäckiger, als man in Deutschland in allgemeinen weiß. Man lasse sich doch nicht durch das raffinierte System der Doppelgenußvermittlung zwischen Paris, London und den neutralen Zentren, Schweiz, Holland, Skandinavien irren machen. Die scheinbar objektiven Nachrichten, die uns die Lage bei den Alliierten schildern, sind von der Entente befehle oder doch untergeleitet. Die Wahrheit dringt nur hier und da blickartig durch, so z. B. wenn der Pariser Sozialistenführer Longuet in seinem Blatte unter Ueberlieferung des Jeneiros (sic) direkt an Deutschland wendet und es auffordert, Oesterreich zu leisten. Das war christlich gemeint und so meinen es Hunderttausende französischer Arbeiter. Wäre dem nicht so, dann hätte Clemenceau es nicht nötig, was er jetzt tut, nämlich eine nationale Riesenpropaganda bei den Arbeitern einzuleiten und die Fabriken mit Flugzetteln zu überschwemmen, worin behauptet wird, das französische Proletariat müsse verhungern, wenn man die Forderungen an Deutschland ermähige. Wenn es furchtbare Sünden eines überlebenden Kapitalismus gibt, die auch jeder Nichtarbeiter verurteilt, so hier: Der Kapitalist schreibt: Seht ihr Arbeiter, so muß es gemacht werden, sonst geht es euch an den Kropfen! — und in Wirklichkeit redet er nur in seine eigene egoistische Tasche. Die Kraft der Massen wird vor den nationalen Wogen gepannt. Aber der nationale Wogen entspringt sich als das Lugusauto politischer Schieber. Die französischen Arbeiter werden sich nicht einfangen lassen. Ihre deutschen Genossen müßten nur ein klein wenig Geduld haben. Gewiß, die furchtbare Zeit von nur 14 Tagen ist abgelaufen. Aber es folgt dann noch eine Woche der Besinnung an der Verbandseite. Und wer weiß, welche sonstigen Zwischenfälle noch eintreten. Unterdessen wird in auch in katzenhölischen Anstrengungen gearbeitet. Die Bemühung des Kardinal Hartmann um eine Intervention des Papstes ist nicht der einzige Schritt der letzten Tage. Die Ententepresse arbeitet mit Hochdruck, um Deutschland einzuschüchtern, um die Oesterreicher abzuspitzeln, um Brockdorff-Rangau bei Wilson zu verdrängen usw. Um wir doch auch unser Feuerzeuge an erheblichen diplomatischen Kampf! Uns liegt doch wirklich das Wasser am Halse. Die Mittel aber, mit denen wir den Ring von Versailles sprengen können, sind nicht erschöpft. Viele Möglichkeiten sind noch gegeben. Es warten nur auf den raschen Blick, der sie erschafft. Da unser aller Heil auf dem

Spiele fast, sollten wir alle aufheben. Keiner darf mutlos werden. Das neutrale Ausland, selbst es die ganze Brutalität des Clemenceausen Friedens erlaubt hat, hält zu uns und ist bereit zu helfen. Wir aber müssen die Fühne des Reichfriedens ins gegnerische Lager werfen und sie uns dort holen!

Französische Pressemanöver.

Paris, 16. Mai. Es wird täglich klarer, daß die französische Presse mit allen Mitteln auf den Sturz der Regierung Eberts-Scheidemann hinwirft, um eine Regierung in Deutschland aus Ruder zu bringen, die nach Ansicht dieser Presse den Friedensvertrag unterzeichnen würde. Von der heutigen nationalitätlichen Abendpresse wird darauf hingewiesen, wie energisch Ebert und Scheidemann die Unterzeichnung verweigerten. Ebert, heißt es, fragt, wer wohl die Nachfolge Ebert-Scheidemanns übernehmen könnte, meint, daß sich in Deutschland schwerlich jemand bereit finden werde, der die Verantwortung übernehmen würde, den Vertrag zu unterzeichnen, um zum sofortigen Beginn der allgemeinen Willkür des Deutschen zurücktreten zu müssen. Die Deutschen hätten über ihr eigenes Unglück so, daß sie sich jetzt einbinden, die Militäreien seien die Helfer und die Geopfert. Das Blatt weist auf einen Artikel der „Veiligker Volkszeitung“ hin, die der Ansicht ist, daß die Mitarbeiter für die Wiederannahme des Kriegszustandes vor dem Vertrag werden müssen, die schließlich sind, also von den Deutschen, wie energisch Ebert und Scheidemann die Unterzeichnung verweigerten. Nur dieses unabhängige Organ führe die Sprache des gesunden Menschenverstandes, „Liberté“ heißt ferner hervor, daß auch Konferenzen sich fragen, ob Graf Brodorski-Namjan unterzeichnen werde. Aber selbst wenn ein Bruch erfolge, dürfe man nicht befürchten, denn die augenblickliche deutsche Delegation werde eben durch eine andere ersetzt werden. Es bedürfte wohl nur der Biadobe und des Vormarsches der alliierten Armeen, um Deutschland sofort zur Rückgabe der Reichsgüter zu bringen. „Toujours“ geht sogar so weit, die Unterzeichnung des Vertrages zwischen dem 1. und 5. Juni zu prophezeien. Bis zu diesem Zeitpunkt sei der Kabinettwechsel in Deutschland wahrscheinlich. Eben dieser Kabinettwechsel werde die Unterzeichnung gestatten. Die Presse arbeitet auch mit dem Mittel der Einschüchterung, um die Vertragsunterzeichnung durchzuführen. So gibt sie einmütig die Meldung wieder, Marschall Joch sei gestern abend auf Befehl des Vizepräsidenten in sein Hauptquartier am Rhein zurückgekehrt, um alle Vorbereitungen im Falle der Rückunterzeichnung des Vertrages zu treffen.

Anmerkung der Redaktion: Solche Nachrichten aus Paris dürfen sich vermutlich in nächster Zeit häufen und dienen lediglich zur Beeinflussung der Stimmung in Deutschland.

Papst Benedikt an Reichspräsident Ebert.

Berlin, 16. Mai. Vom Vatikan ist dem Reichspräsidenten Ebert auf die Mitteilung seines Amisankrittes folgendes Schreiben zugegangen, das erst jetzt nach Berlin gelangt ist, weil es während der Kaiserzeit in München dort beim Nuntius liegen geblieben mußte.

Dem ausgezeichneten, ehrenwerten Mann Friedrich Ebert überliefere Papst Benedikt XV. Gruß und Heil. Wir haben Deinen Brief erhalten, in welchem Du in Deiner Bewunderung uns benachrichtigst, daß Du am 10. Februar d. J. in der Nationalversammlung Deutschlands zum Präsidenten dieses Reiches ernannt worden bist, und daß Du dieses Amt angenommen hast. Wir danken Dir für diesen Brief und bestärken Dich für die Dir übertragene hohe Würde, diese umfassen, als wir sehen, daß Du Sorge dafür tragen willst, daß die wahren Interessen des Volkes und dem Deutschen Reich bestehenden Beziehungen nicht nur unverändert bleiben, sondern noch fester werden sollen. Mit Recht nimmst Du an, daß es ein Unierer Mitarbeiter hieran an manchen Stellen. Indem Wir die Ankerungen Deiner Ehrerbietung und Lebenswürdigkeit erwidern, erbitten Wir für Dich von Gott alles Segensreiche und Glücklich.

Gegeben zu Rom bei Sant Peter am 2. April 1919, im fünften Jahre Unserer Pontifikats.

(gez.) Benedictus P. P. XV.

Das Rosenhaus.

Roman von Fritz Ganser.

30. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Diese hatte übrigens gegen Abend selbst ein kleines Intermezzo mit Hells Söhnen. ... Der kräftigste Max hinterließ begeistert von dem Reiz der Kräuteruppe und hatte mit seiner Erzählung den Erfolg, daß einstimmig beschlossen wurde, eine Abendjuppe zu machen. Die drei Jünglinge ließen ins Feld und sammelten unter Max sachkundiger Leitung die Kräuter. Hans und Edwin dankten die Gesegneten ab, Emilie aus der Küche einen Topf und den Spirituslöffel zu entnehmen. ... Leider übertrug sie Emilie dabei. Und die kleine Feindin der kostlichen Schuler Thomas hatte zur Folge, daß sie bei der Rekrutierung einen Schlag feller umwarfen, von denen einige in Stücke gingen, und die große braune Maiblaute ihr fast janzig Jahre betragendes Dasein jämmerlich aufgab.

Emilie war so vernünftig, kein getrocknetes Komento anzunehmen. Sie war ja zwar 30s Jungen nicht sonderlich gemogen, aber in dem Bedenken, daß schließlich das zertrümmerte Geschick zu ersehen sei — das schände Ende der Rekrutierung ging ihr zwar sehr nahe — und die Berichterstattung schließlich nur neuen Verrger erzeugen würde, von dem man doch, weiß Gott, jetzt gerade sowieso schon genug hatte, schweig sie und behielt die Sade still für sich.

Da war Traute Weisfeldt denn doch ganz anders gekommen. Mit ihrem Freiden hing der dritte Akt zusammen, den der folgenden Tage schwebend in der verhältnismäßig hille Zeit lag.

Da die „angesehene Kotte“ ihrem Freiden bis jetzt völlig reifmässig gegenübergeblieben hatte, glaubte sie, daß ein Interesse für das süße Weib bei den Anaben nicht vorhanden sei. Sie wagte es daher, den Käfig in das geöffnete Fenster zu stellen und sich vor dem Hauie zu ergehen. Sein Brodentropf lag zu ihr gefellte, fühlte sie das Interesse, das sie als literarisch gebildetes Wesen für ihn empfand, ein Seid von Hans ab, und in ihrem Hinter den Kopf sie es ganz, den geliebten Vogelglück schuppenden im Auge zu behalten.

In ihrer Stelle nahmen sich Edwin und Walter des Vogels, wenn auch nicht gerade schuppenden, an.

Appell an den Papst.

Dresden, 16. Mai. Wie die „Sächsische Volkszeitung“ meldet, hat der apostolische Nuntius in Sachsen, Bischof Franziskus Köhmann, folgendes Telegramm an den Papst geschickt: „Inhäufigst bitte und beschwähnd ich Eure Heiligkeit, für Wiederrück der Friedensbedingungen einzutreten, die das Todesurteil unseres Volkes bedeuten.“

Eine englische Flotte vor Memel.

Memel, 16. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) In den Gewässern von Memel kreuzt seit einigen Tagen eine englische Flotte. Die Engländer hat in der Bitterkeit von Memel große Aufregung hervorgerufen, da man befürchtet, daß sie dazu bestimmt ist, Memel in den nächsten Tagen zu besetzen.

Unruhen im englischen Heer.

Die Soldaten wollen entlassen werden. Berlin, 16. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Nach englischen Zeitungen ist man in England einer großen Bewegung auf die Spur gekommen, nach der die Matrosen und Soldaten am liebsten Somaband selbst demobilisieren wollten. Es war geplant, daß sie für Uniform, Ausrüstung usw. abzugeben und aus den Kavernen nachreisen sollten. Die englischen Garabanden, in denen dies geschah, sollte, war eine in Rempton, Winchester, Salisbury, Doncaster und Galas. Unter den Freiwilligen in den Kriegsjahren waren Soldaten verteilt worden, die sie aufreisten, die Hülen zu besetzen und Soldaten und Soldaten um Anstalt in die Bewegung zu gewinnen. Die Anstifter, die schon seit geraumer Zeit gearbeitet haben, erklärten in den Soldaten, daß sie nur für die Zeit des Krieges und sechs Monate danach geworden wären. Da der Waffenstillstand am 11. November abgeschlossen wurde, wären sie am 11. Mai zu ihrer Entlassung berechtigt. Sie gründeten eine Matrosen-, Soldaten- und Fliegerunion, deren Bureau zugleich mit den Privatwohnungen der Häuser von Delegationen durchsucht wurden, wobei eine Menge Papiere beschlagnahmt wurden. Nach Ansicht der Polizei beschloß die Regierung zur Unterbindung noch Gewalt zur Unterdrückung der Bewegung zu zwingen, da dies dann zur Anarchie führen würde.

Die Fiskalfuhr freigegeben.

Amsterdam, 16. Mai. Zwei Unruhen wird berichtet, daß die Beibringung der Fiskalfuhr nach den unbesetzten Teilen Deutschlands aufgehoben worden ist.

Eine ungarische Gegenregierung.

Wien, 16. Mai. Korrespondenz. Die Wähler melden aus Grad, daß dort am 5. Mai unter dem Präsidium des Doktors Michael Karolyi, des Grafen Julius Karolyi, der bisher politisch nicht betreteten ist, eine Gegenregierung gebildet wurde. Das Botschaftsamt des Ministeriums des Inneren übernahm der frühere Generalmajor Baron Julius von Wessely, das des Äußeren Generalmajor János von Székely. Die übrigen Posten sind übernehmend wieder besetzt. In dem Manifest über die neue Regierung befindet sich diese als ihre Hauptaufgabe, die durch den Bolschewismus angerichteten Schäden gut zu machen und die Herrschaft von Ordnung und Recht wiederherzustellen. Das Kabinett besteht sich selbst als Überregungsabteilung, das nur solange im Amt bleiben sollte, bis eine aus Vertretern aller Landesparteien hervorgerogene Regierung gebildet sei werde. In dem Manifest wird schließlich betont, daß die Einheit sowohl über die Konstitutionierung der neuen Regierung als über die vorbereitenden Arbeiten dazu verhandelt werden sei.

Norwegen beansprucht Entschädigung.

Kopenhagen, 16. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Neue Korrespondenz“ meldet aus Kristiana: Norwegische Handels-Gesellschafts-Abteilungen werden sich in einigen Tagen nach Paris begeben. Norwegen protestiert wegen der Verluste, welche die norwegischen Handelshäuser durch die Deutschen

erlitten haben. Die norwegische Schiffahrtszeitung bezieht darauf, daß Norwegen von Deutschland entschädigt werden.

Eine internationale Arbeiterkonferenz am 28. Juli. Rotterdam, 16. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Dem „Nieuw. Post. Cour.“ wird aus Paris gemeldet, daß die französische, britische und niederländischen Delegierten der Generalstaaten beschlossen haben, für den 28. Juli in Amsterdam eine internationale Arbeiterkonferenz einzuberufen. Das Programm ist die Wiederherstellung der Internationalen und die Unterbindung der internationalen Forderungen sowie die Ansprüche der Arbeiter.

Minister Heine über die Ostfragen.

Breslau, 16. Mai. Der preussische Minister des Inneren, Heine, der gestern zu Informationszwecken nach Ober-Schlesien gereist war, nahm abends in Breslau Gelegenheit, vor einer nach dem Stängungsausschuss des Provinzialparlamentes geladenen Versammlung von Vertretern aus allen Schichten und Berufen der Provinz eine Erklärung über die Ostfragen abzugeben. Aus seinen Worten klingt die Versicherung, daß die Regierung den treu um Vaterlande stehenden Schlesiern auch ihrerseits die Treue halten wolle. Dazu müßten alle Einwohner ohne Unterschied des Standes und der Partei einig sein. Der Minister warnte sich vor allem an die Arbeiter und Beamten, deren Schicksal in Schlesien besonders bedroht ist. In gemeinsamer Arbeit aller gese es kann, dem schlesischen Volk zu machen, was es durch eine Lösung von Deutschland verlieren würde. Im Schlußwort betonte der Minister nochmals, daß die Regierung entschlossen sei, kein Stück deutschen Landes abzutreten, aber die innere Geliebtheit des gesamten Volkes in der Not des Vaterlandes brauche, um nach außen hin mit Erfolg bestehen zu können.

Das letzte Gold muß heraus?

Berlin, 16. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Aus zuverlässiger Quelle wird den parlamentarisch-politischen Nachrichten mitgeteilt: Ein französischer Offizier bei der Transportkommission der Armee Haller, der über die besten Verbindungen verfügt (vier Jahre bei der Volkspolizei in Berlin gewesen, Schwiegeronkel des kommandierenden Generals der 14. A.-K., Ordnungsgewaltiger bei Joch) äußerte in einer vertraulichen Aussprache folgendes: Es wird darauf hingearbeitet, daß auch das letzte Gold aus Deutschland herauskommt. Die Verbindungen werden so eingerichtet, daß auch alles Gold, das sich in den Goldanlagengeschäften befindet, ab die deutsche Regierung will oder nicht, herausgezogen werden muß und in unsere Hand kommt.

Rückkehr von Deutschen aus Australien.

Amsterdam, 16. Mai. Der Berichterstatter des „Times“ in Wellington meldet, daß am 14. Mai 410 deutsche Australier, meist Deutsche, die in die Heimat zurückgekehrt werden, mit dem Dampfer „Willoch“ nach Europa abgereist sind, darunter der Gouverneur von Samoa, von Schluß, und Graf Rüdiger (Sohn des in Halle wohnenden Grafen Rüdiger) von „Sealdorf“. Die Interessierten Deutschen, die nicht rezipiert werden wollen, dürfen bleiben.

Noch keine Heimkehr der Saloniktropen.

WTB. Berlin, 16. Mai. (Drahtnachricht.) Die Nachricht der Transport der deutschen Truppen aus Saloniki ist im Ganzen falsch nicht zu. Die Frage der Heimkehr der Truppen ist immer noch Gegenstand der Erörterungen des internationalen Transportdienstes.

Hamburger Schlepddampfer in die Luft geflogen.

Rosenhagen, 15. Mai. „Wolff“ zufolge geriet gestern abend der Hamburger Schlepddampfer „Schulau“, der mit zwei beladenen Schiffschiffen von Hamburg nach Aarhus unterwegs war, im Kleinen Belt zwischen Mjens und Thors in ein deutsches Minenfeld und stieß auf zwei Minen, die beide explodierten. Das Schiff lag in die Luft. Die Besatzung, bestehend aus elf Mann, kam un. Dänische Kriegsschiffe eilten zur Hilfe herbei, konnten jedoch von der Besatzung keine Spur mehr entdecken. Die beiden Schlepddampfer haben unbeschädigt.

die in eine Korrekturenkonferenz gebracht werden müssen, des weiteren, daß Da von Kimberzeugung noch weniger verhältnisse als von irgend etwas anderem, und sie, Traute, mit einer solchen Person nicht mehr verstehen könne.

Da wies die übertriebenen Selbstübungen empört zurück und sagte, daß sie sich mit ihren Kindern von heute ab völlig absondern würde, da sie mit einer solchen Person, wie die Weisfeldten eine sei, nicht mehr an einem Tische sitzen könne. Sie würde selbst lachen, wenn man ihr die Mitbenutzung der Küche erlaube.

Man entsahnt darüber zunächst noch nicht, da Emilie Kriebel Jean Holske erklärte, daß sie dann ihre Bekanntschaft am Beside aufheben würde. Denn zwei Frauen an einer Badminton, das bei der Anfang von Ende, jedenfalls war der vorläufige Schlußakt der, daß Traute Weisfeldt ihre Maxine bekam und es für gewöhnlich in Aussicht stellte, das Rosenhaus in den nächsten Tagen zu verlassen, da sie es vermeiden wolle, sich eine Krankheit an den Hals zu ergern.

Am nächsten Tage geriet Da das vorerwähnte Anfinde, daß den Geheimnissen der Kräfte zu widmen, je gründlich, daß sie hat, sie noch für einige Tage davon befreien zu wollen. Edwin und Walter mußten die „gute“ Tante Traute wegen der Papiereinschließung des und wehmütig um Verzeihung bitten und versprechen, dem „süßen“ Weisfeldten nie wieder ein Leid zuzufügen.

Es wurde ihnen Absolution erteilt, und Traute erklärte, daß sie nicht abreiten würde. — Der Friede war noch einmal hergestellt.

Und nun wird der verzehte Friede sagen: Danach, daß er schon in der nächsten halben Stunde von neuem in die Brüche ging, möchte ich aber nun wirklich nichts hören. Wie habe von dem „Mitarbeiter“ aufgefunden? Ereignissen, die das je wohl so „nett“ gelang war, vorzüglich in gerader Menge erfahren. Die Herren Jungen Abel Brudmüllers aus Spandau interessieren mich fürs erste auch nicht mehr sonderlich. Niemand möchte ich nun endlich wissen, welche Brandwunden es mit den breiten glänzenden Streifen hat, vor denen am Anfang dieses Kapitels die Rede war. — Geduld. Es soll davon später erzählt werden. — Waschen wir aber zunächst unseren Strich unter diesen Umständen. (Fortsetzung folgt.)

